

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreimarkdruck: Nachrichten Dresden.  
Bemerkungs-Gemeinschaftsziffer: 25 241.  
Sicherheits-Ziffer: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Börse bei täglich zweimaliger Auflage, durch die Post  
oder Bahnpost 37 zum dritten Zelle 2 M. Auf Familienausgaben, Einsagen unter  
Stoff- u. Wohnungsmärkten, 1 halbe M. Auf Verhältnisse 25 M. Verwaltungskosten  
Zoll, Ausgabe, Zustellung gegen Verbrauch. Einzelpreis 20 Pf.

Sicherheits- und Sammelziffer:  
Musterzettel 38/40.  
Druck u. Verlag von Oelschl. & Reichenb. in Dresden.  
Postleitzahl-Kennz. 1068 Dresden.

Redaktion nur mit bestätiger Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unterlassung Schriftstücke werden nicht erlaubt.

## Die Aufnahme der deutschen Vorschläge.

### Die politische Stimmung im Reiche.

Eigner Berichterstattung der „Dresden. Nachrichten“  
Berlin, 27. April. Die innere und außenpolitische Situation kann auch heute noch als unverändert angesehen werden. Mit einer zumindesten über absehbaren Antwort aus Neuworf ist vor zwei bis drei Tagen überhaupt nicht zu rechnen. Bis dahin bleibt die ganze politische Lage in der Schwebe. Entgegen der Meldung des Berliner „Südwestblattes“ liegt eine Abwaschung vor, gestern abend vor, wann sie jetzt keine Ausführung der militärischen Sanktionen gegen Deutschland angeordnet sei.

### Die Koalitionsparteien für die Regierung.

Berlin, 27. April. Die Koalitionspartheien sind einverstanden, in der heutigen Sitzung des Reichstags eine gemeinsame Erklärung abgeben zu lassen. Wahrscheinlich wird der wirtschaftliche Angeklagte Erich Kressen, außerdem werden die Redner der drei Koalitionspartheien in die Debatte eingreifen. Während in der nachmalsen Erklärung zum Ausdruck gebracht wird, dass die Regierung für bei ihrer Aktion und weiter auf die Koalitionspartheien hingenommen, werden die drei Einzelredner strikt über das alles bedenken, die in weiten Kreisen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten gegen den Reichsinnenminister vorhanden sind, werden diese aber im Augenblick mit Rücksicht auf unsere auswärtige Politik zurückgestellt werden.

### Beendigung des Kriegszustandes mit Amerika.

Rotterdam, 27. April. „Courant“ meldet aus New York: Der Ausschuss des Repräsentantenhauses hat sich mit allen gegen zwei Stimmen für die Resolution Porteclar erklärt, wonach der Friede mit Deutschland für beendet zu erklären ist. Die Abstimmung im Senatssaal über die Resolution kann erst Sonnabend oder Montag.

### In Erwartung der amerikanischen Antwort.

Berlin, 27. April. Im Auswärtigen Amt war gestern in den sozialen Abhandlungen noch keine Meldung der amerikanischen Regierung eingegangen, weder in der Form einer Antwort auf die deutsche Note, noch in der Form einer Anfrage.

### Finanz und Industrie zu Simons' Vorschlägen.

Berlin, 27. April. Über die Aufnahme der deutschen Note in Amerika in den Kreisen der Finanzen und Industrie äußerte sich einem Mitarbeiter des „Politischen“ gegenüber der bekannte Leiter der Deutschen Werke und hervorragende Sachverständige bei früheren Verhandlungen der Reichsregierung Direktor v. Stanck folgendermaßen: Die Sachverständigen haben schon im Anschluss an die Londoner Konferenz erklärt, dass sie die Londoner Angebote als viel zu weitgehend und unzureichbar betrachten. Aus diesem Grunde ist es klar, dass dasselbe Urteil auch auf das neue Angebot Anwendung finden muss. Trotzdem bin ich der Meinung, dass ein Abkommen auf der von der deutschen Regierung angebotenen Grundlage besser ist, als der jetzige verzweifelte Zustand. Dabei liegt es allerdings voraus, dass eine völlige wirtschaftliche Bewegungsfreiheit gewährt wird, und dass alle Leistungen aus dem Friedensvertrag, also auch die Kosten der Besetzung, auf unsere Reparationszahlungen angerechnet werden. Selbstverständlich bedeutet ein Vertrag, wie wir ihn jetzt vorschlagen, eine Sklaventat für das deutsche Volk auf Jahrzehnte hinaus. Die Ausbringung einer großen Anleihe ist an sich heute in keinem Lande der Welt möglich. Diese grösste Finanzoperation der Welt ist nur möglich, wenn die ganze Welt bei der Unterbringung einer solchen Anleihe mitwirkt, das heißt also, wenn diese so ausgeschlossen wird, dass sie für die Kapitalisten der Welt eine gewisse Anziehungskraft hat. Die Staatsmänner der Entente müssten den umgefeierten Sieg geben, den sie in den letzten 2½ Jahren gegangen sind. Sie müssen, statt die Macht der walisischen Länder weiter zu zerstören, die Väter wieder kauftaft zu machen suchen. Dann werden auch die 300 Millionen Menschen dieser Väter mit guter Absicht wieder zu einem normalen Wirtschaftsverkehr in der Welt gelangen.

Den Standpunkt, dass unser Angebot viel zu weit geht, legte ein hervorragender Vertreter der Industrie dahin auseinander: Das Angebot, das in der deutschen Note an Amerika enthalten ist, muss von jedem der Deutschtalde Leistungen trennen, als ein lediglich politisches Angebot betrachtet werden. Die Verbesserungen haben sich anscheinend auch nicht die geringste Rücksicht gegeben, in praxi, ob wir unsere Verpflichtungen auch wirklich ausführen können; ja, man möchte fast glauben, sie waren sich auch darüber klar, dass kein Mensch dieses Angebot unterschreiben könnte. Es ist mir als Sachkenner keinen Augenblick zweifelhaft, dass man selbst unter dem Zwange politischer Notwendigkeiten nicht über das Maß des Notwendigen hinausgehen darf. Die Regierung aber hat Verpflichtungen abgegeben und, was noch bedenklicher ist, Verpflichtungen und Bindungen eingehen müssen, die das deutsche Volk noch mehr erfordern. Von einer laufenden Aktion kann also nur dann die Rede sein, wenn aus der Grundlage dieses Angebotes bei kontraktatorischen Verhandlungen echtes Verständnis und Einigung entnommen von der Gegenpartei gezeigt wird, wenn insbesondere in diesem oder jenem Punkte eine Bildung erreicht werden kann.

### Eine Bolschewistkonferenz in Washington.

Washington, 28. April. (Berichter.) Nach Einladung der deutschen Botschaft haben sich auf eine Einladung von Hughes hin die Botschafter Frankreichs, Englands, Italiens und Japans ins Staatsdepartement versammelt. Die Alliierten Diplomaten wurden davon in Kenntnis gesetzt, dass die Vereinigten Staaten zuerst die Ansicht der Alliierten bezüglich der deutschen Befreiungsaufgaben wollten, bevor sie Deutschland anwiesen.

### Die Grundlage eines Meinungsaustausches.

Eigner Berichterstattung der „Dresden. Nachrichten“ Rotterdam, 27. April. „Morning Post“ meldet aus New York am 26. April 4 Uhr nachmittags: Das Staatsdepartement gibt jedoch die Informationen an die Presse aus, wonach die deutschen Vorschläge von Hamburg als Grundlage angesehen werden, um einen Meinungsaustausch mit den Alliierten einzuleiten.

Rotterdam, 27. April. Die Botschaften der Entente und Deutschland befinden sich in einer Meinungsaustauschsituation in die Debatte eingreifen. Während in der nachmalsen Erklärung zum Ausdruck gebracht wird, dass die Regierung für bei ihrer Aktion und weiter auf die Koalitionspartheien hingenommen, werden die drei Einzelredner strikt über das alles bedenken, die in weiten Kreisen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten gegen den Reichsinnenminister vorhanden sind, werden diese aber im Augenblick mit Rücksicht auf unsere auswärtige Politik zurückgestellt werden.

Paris, 27. April. „Times“ meldet aus New York „Sun“ und „Herald“, die beiden laufenden Männer, nehmen gegen die deutschen Vorschläge eine Stellung, die auch jetzt noch nicht die Pariser Bevölkerung erreichten und deshalb wohl zu einem Meinungsaustausch, aber zu keiner Beendigung der Verhandlung geben könnten.

Paris, 27. April. „Daily Mail“ berichtet, dass die deutsche Botschaft in Paris die deutsche Befreiungsaufgabe erneut ihre Absicht bestätigt hat, fernerhin die Erklärungnahme zu wünschen, wie sie gestern nachmittag Brüssel im Senat abgelegt hat. Die Vereinigten Staaten würden keinen Schritt unternehmen, ohne sich vorher vergewissert zu haben, dass es den Verbündeten angenehm wäre. (W.T.B.)

### „Ausgezeichneter Eindruck“ in London.

London, 27. April. Reuter veröffentlicht eine Note, in der es heißt: Obwohl keinerlei offizielle Communiqué über die neuen deutschen Vorschläge vorliegen, glaubt man, dass die Note einen ausgezeichneten Eindruck in England und in den anderen Staaten der Befreiungstruppen gemacht habe. — „Daily Chronicle“ schreibt: Die neue deutsche Note ist sicherlich ein viel weniger unumstößliches Dokument, als die vorangegangenen. Wir stehen vor, unsre Meinung ein zu fassen, wenn wir die Zeit gehabt haben werden, diese Note gründlich zu prüfen, aber es ist klar, dass die Durchsetzung der Befreiungstruppen (1) bei der deutschen Regierung größere Rente (2) heraussucht, als irgendwelche Appell an die Bevölkerung in Deutschland dies vermuten hätte. Wenn Deutschland dieses Angebot jetzt macht, so hätte es dies vielleicht auch einige Monate früher tun können. So zeigen wir, dass die Stärke das einzige Argument sei, vor dem Deutschland Reipelt habe.

### Aus dem englischen Unterhause.

London, 26. April. In Erwidnung auf eine Aufsatz im Unterhause Jane Home's: Es sei ihm nicht davon bekannt, dass Frankreich bei Österreich einen Schritt einzuführen, um es zu veranlassen, auf die deutsche Befreiungstruppen einzutreten. Auf eine weitere Frage, ob die Alliierten vorstellen oder die Möglichkeit erwogen hätten, Denkschrift zum Verfallen eines Teiles seiner Unabhängigkeit nach Amerika oder irgendeinem anderen Lande zu veranlassen, um sich Geld für die Reparationszahlungen zu beschaffen, erwiderte ein Vertreter des Schatzamtes, seines Wissens sei ein solcher Vorschlag bisher nicht in Erwägung gezogen worden. (W.T.B.)

### Ablehnung in Paris.

Paris, 27. April. Die französischen bürgerlichen Presse lehnen einstimmig die deutschen Vorschläge ab. „Matin“ erklärt, dass Frankreich nach deutschem im besten Falle 25 Milliarden Goldmark erhalten würde, also gerade ein Viertel seines Guthabens. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, dass keiner der Alliierten auf der Londoner Konferenz dafür eintreten werde, dass Frankreich von neuem ein Drittel seinerforderungen aufzugeben werde, die ihm das Abkommen von Paris aufschieben. „Im Journal“ wird ausgeführt, dass die deutschen Vorschläge vollständig unzulänglich seien und dass sie keinen Anlass zu neuen Verhandlungen geben.

### Italien begrüßt die amerikanische Vermittlung.

Rom, 27. April. Die Ansicht auf eine amerikanische Vermittlung in der Reparationsfrage wird von der italienischen Presse mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßt. Allgemein wird zum Ausdruck gebracht, dass eine Vermittlung Amerikas Italien davon befreien werde, widerstandlos aufzutreten zu müssen, wie durch französische Gewaltmaßnahmen Deutschland ruinieren würde, was den Lebensunterlagen Italiens direkt widerspreche.

Rom, 27. April. In einem Briefe an seine Wähler heißt Ratti hervor, dass Italien, abgesehen von den Verhandlungen der Friedensverträge, in seinen Bewegungen frei sei.

Es sei gerecht, dass die Kriegsschäden vorwiegend von den Feindtruppen, welche die Verantwortung für den Krieg (1) hatten, wieder aufzunehmen würden. Aber die Entschädigung sei unmöglich, wenn die belagerten Völker ihr Wirtschaftsleben nicht in vollen Kettenschlaf bringen können und wenn die Befreiungstruppen die Erzeugungsfähigkeit überstiegen. An der Reparationsfrage wie bei der Ausübung der Friedensverträge müsse man im Einvernehmen mit den vereinigten Staaten handeln. Das Echo in Österreich.

Wien, 27. April. Die neuen deutschen Reparationsvorschläge und die getroffenen Ausführungen des Reichsministers Dr. Simons finden in der Presse nach Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Parteien unterschiedliche Auffassungen. Die Österreicher drücken überwiegend die Überzeugung aus, dass nach diesem Angebote und diesen vom verantwortlichen Minister des Innern gegebenen Erklärungen die Ausrichtung und der gute Wille Deutschlands von aller Welt als möglichst ein zum ehrlichen und friedlichen Aufbau entfesselndes Volk eingeschätzt werden.

### Belgien und Frankreich solidarisch.

Eigner Berichterstattung der „Dresden. Nachrichten“ Brüssel, 27. April. Die belgische Regierung hat sich mit allen französischen Plänen, um gegen Deutschland weiter vorzugehen, einverstanden erklärt. Gleichzeitig hat erklärt, dass Frankreich allein nicht vorgehen will, sondern dass Einvernehmen der Verbündeten abwartet. Der belgische Rat hat die Pläne zur Bekämpfung erholt und will sich im Laufe dieser Woche mit den Angelegenheiten beschäftigen.

### Frankreich beharrt auf dem Einmarsch.

Eigner Berichterstattung der „Dresden. Nachrichten“ Brüssel, 27. April. Der belgische Berater des „Corps des Armées“ berichtet, dass jede Hoffnung auf einen baldigen Angriff auf die Entente und Deutschland ohne neue Aktionen geäußert ist. Die französische Regierung hat ihren Befehl aufgetragen, am 5. Mai in Deutschland einzumarschieren und vom dort Verbergen nichts beizutun.

Berlin, 27. April. Am Mittag des heutigen Tages fand eine Konferenz von Vertretern aus dem Kabinett mit dem belgischen Generalstab und dem belgischen Befehlshaber statt. Es werden Maßnahmen erörtert und verdachtig gemacht, die die militärischen Eingriffe von Handel, Produktion und Gewerbe infolge eines alliierten Einmarsches Anfang Mai zum Ziel haben.

### Die namenlose Angst der Franzosen.

Eigner Berichterstattung der „Dresden. Nachrichten“ Brüssel, 27. April. Der Kommandant der Befreiungstruppen macht bekannt, die Befreiungstruppen machen gegen die Entente zu unterhalten, ferner der Reichsmarschall verband Rossbach, eine Befreiungstruppe gegen die Entente, die Entente und die belgische Armee von Soldaten in den Ständen der Wirtschaftsleitung, die eine Gefahr für die Sicherheit der Befreiungstruppen bedeutet, ebenso der Offizierstand, eine Befreiung, die bestellt ist von festigem Habschuh gegen Frankreich und die Entente, der Reichsverband gegen Frankreich und die Entente, der unter dem Deckmantel eines Gelehrtenkrieges bestellt ist, alle geheimen und nichtgeheimen Vereinigungen zu verhindern und den Krieg gegen die Entente sowie den Befreiungstruppen zu unterstützen, ferner der Reichsmarschall gegen die Entente zu unterhalten, ferner der Reichsmarschall verband Rossbach, eine Befreiung, die augenfällig in den Beziehungen einen beträchtlichen antisfranzösischen Zerfall führt, sind in dem Schloss des Präsidenten Düsseldorf aufgelöst. Feder offene oder verdeckte Verträge, diese Vereinigungen wieder herzustellen, wird vor die Militärs gerichtet.

Paris, 27. April. Das Borsische örtliche Kommerzministerium, um eine Komposition zur Wiederherstellung von Frieden und Wohlstand in Frankreich zu beginnen, hat die Zahlung einer wenig Freigabe erhoben. Am 1. Mai soll eine Befreiung eingetragen werden.

### Französischer Ministerrat.

Paris, 27. April. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, vereinigen sich die Mitglieder des Ministeriums Brüssel heute unter dem Vorst. des Präsidenten Millet im Elisee. (W.T.B.)

### Slimmen der deutschen Presse.

Berlin, 28. April. Zu den deutschen Vorschlägen in der Reparationsfrage schreibt die „D. Tagessch.": Nur mit starker Bewegung und schwerer Sorge wird jeder sein Vaterland liebende Deutsche hoffen das ungebogene Folgen schwerere Angebot unserer Regierung leisten können. Man hat den Eindruck, dass die Reichsleitung unter dem Einfluss der drohenden Sanktionen ihre Befugnisse weit überschritten hat, doch wieder, wie vor der Gegenwart gepflegt werden soll.

Die „Tägl. Rundschau“ schreibt: Ob das Angebot der Regierung, um mit den Werten befreihen zu treten, überlebt, um eine Komposition zur Wiederherstellung von Frieden und Wohlstand in Frankreich zu beginnen, hat die Zeit und wenig Freigabe erhoben. Am 1. Mai soll eine Befreiung eingetragen werden.

Das „Berl. Tagbl.“ meint: „Die Politik des Dr. Simons und der Regierung weicht in diesem Augenblick von feinen unerklärbaren Prinzipien ab. Sie sucht zwischen ungelenken Schwierigkeiten den ausdrucksstärksten Weg.“

In der „Berl. Börs.“ wird der Dr. Simons hervorgehoben, dass er sich keinen Illusionen hält, und jedermann wird dieser Befreiung zusimmen. Damit ist zugleich im wesentlichen der Inhalt seiner Ausführungen zu ersehen.“

### Steigerwalds formeller Amtsauftakt.

Erbahmung an der Berliner Börse: Berlin, 27. April. Minister Steigerwald hat am Dienstag formell die Geschäftigkeit des Ministerpräsidenten übernommen. Er bearbeitet die verjüngten Beamten und entwickelt sein Programm, das bei Ausmündung aller parteipolitischen Rümpfe daran hängt, den außenpolitischen Gefahren und der wirtschaftlichen Not unserer Tage möglichst ein zum ehrlichen und friedlichen Aufbau entfesselndes Volk einzugehen.

### Rücktritt des preußischen Kultusministers.

Berlin, 27. April. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat sich der Konsul in der Leitung des preußischen Kultusministeriums heute vollzogen. Vor der gesetzten Beleidigung gab Minister Hämig in einer Anrede seinen endgültigen Rücktritt bekannt und übergab mit dem Bunde, dass sein bisheriger Sekretär und jeglicher Nachfolger Minister Dr. Becker den gleichen Kurs innehält. Minister Becker antwortete mit warmen Worten der Anerkennung für die Person seines bisherigen Chefs. (W.T.B.)





